



Geld für Heimathäuser, aber nicht für eine Gedenkstätte in Sandbostel

Verein kritisiert Zuschußverfahren des Landkreises - Wissenschaftler würdigen Konzept

Sandbostel/Bremervörde (rkl). Der Name ist Programm: Eine Dokumentations- und Gedenkstätte möchte der gleichnamige Verein auf dem Gelände des ehemaligen Lagers in Sandbostel errichten. Das stößt auf finanzielle Schwierigkeiten, zumal der Landkreis, dem eigentlich die Trägerrolle zugedacht war, der Angelegenheit wenig Interesse entgegenbringt. Während einer Pressekonferenz, die gestern dem Besuch einer Expertenkommission folgte, wurde das Verhalten der Kreispolitiker und -verwaltung scharf kritisiert.

Noch nicht einmal 3.000 Mark, die der Verein für die Erstellung einer Wanderausstellung beantragte, wurden bislang genehmigt. Auf alle Forderungen gibt es stets nur eine stereotype Antwort: Der Kreis ist nicht zuständig, man möge sich doch bitte an Land und Bund wenden.

„Es geht nicht an, daß der Kreis sich für unzuständig erklärt“, sagte dazu gestern Prof. Dr. Herbert Obenaus. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen warf dem Kreis vor, die Bedeutung Sandbostels für ein historisches und kulturpolitisches Engagement zu verkennen: „In dem Gelände steckt eine Fülle von Geschichte, das ist eine Chance für den Kreis auch als Träger für die Schul- und Erwachsenenbildung“.

Nirgendwo sonst gebe es derart „imposante“ Überreste zu finden wie auf dem Gelände, das seit 25 Jahren als Gewerbegebiet genutzt wird. In den noch vorhandenen Baracken, so schwebt es dem Verein vor, soll eine Dokumentations- und Gedenkstätte eingerichtet werden, die gleichzeitig die Basis für eine Gedenkstättenarbeit bildet. Mit Hilfe der Dokumentation, aber auch mit Vorträgen, Semi-

naren und „Geschichtsarbeit vor Ort“ soll politische Aufklärung ermöglicht werden.

Das Konzept sieht vor, daß der Kreis eines der historischen Gebäude erwirbt, das mit Mitteln der Denkmalspflege restauriert und dem Verein mietfrei zur Verfügung gestellt wird. Auch die laufenden Kosten soll möglichst der Kreis übernehmen.

Sowohl das Land als auch das Amt für Denkmalpflege, Konservator Dr. Klaus Püttmann kündigte eine Förderung über die „normalen“ 30 Prozent hinaus an, haben Gelder bereits zugesagt. Ohne den Kreis geht allerdings nichts, auch er muß seine Kasse öffnen. Doch in Rotenburg wird auf Land und Bund verwiesen, was für Prof. Obenaus zumindest „ungewöhnlich“ ist.

Angeprangert wurde von Dietmar Kohlrausch, dem Vorsitzenden des im Vorjahr gegründeten Vereins, die

Ungleichbehandlung: „Heimathäuser werden bezuschußt; hier, wo noch die Grundstruktur eines Lagers erkennbar ist, läuft die Förderung auf Sparflamme“. Und das, obwohl der Verein ein Konzept vorlegte, das die Fachleute als wissenschaftlich exakt einordnen.

Diese Meinung scheinen jedoch Kreisverwaltung und -politiker nicht zu teilen. Prof. Obenaus sprach von unsäglichem Kriechen: „Einen ernsthaft überlegten Plan kann man nicht einfach mit einer Handbewegung vom Tisch wischen“.

Für Dietmar Kohlrausch und seine Vorstandskollegen steht fest, daß der Kreis mit der Bildung eines Unterausschusses für das Lager Sandbostel zunächst seine Pflicht als erdichteter Ansicht. Daß sich jedoch ein Verein bildete, die Initiative übernahm und ein Konzept vorlegte, hat für eine gewisse Überraschung gesorgt.

Zu einer Aussprache darüber sei es jedoch bislang noch nicht gekommen. Obwohl der Verein seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert habe, sei vom Kreisgremium nie eine Einladung ausgesprochen worden. Den Fünf-Punkte-Plan, den die Politiker mittlerweile vorgelegt haben, bezeichnete der Verein als bloßes Grundsatzpapier mit irrwürdigen Aussagen. Eine Trägerschaft der Gemeinde, wie darin angeregt, werde es schon aus finanziellen Gründen nie geben.

Während somit die Errichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte weiterhin ein Zukunftsprojekt mit vielen Fragezeichen ist, soll ein Wanderausstellung noch in dieser Jahr realisiert werden. Zuschußzusagen liegen bereits vor; unter anderem haben Kreidiusstute ihre Bereitschaft angekündigt. Fehlanzeige dagegen wiederum vom Kreis: Da Ausbleiben eines 3.000-Mark-Zuschusses sei von einem Politiker mit den Worten „Wehret den Anfänger“ kommentiert worden.

Derartige Erfahrungen haben nicht die Motivation der Vereinsmitglieder die nach 40 Jahren Stillstand sich endlich dem Gedenken des Lagers und der Gefangenen widmen möchten. Für Dr. Klaus Volland, der im dem Buch über das Lager Sandbostel das er zusammen mit Werner Borgs verfaßte, den Stein ins Rollen brachte ist das Ringen um Zuschüsse und Diskussion mit Geldgebern deprimierend und frustrierend: „Wir wünschen uns, daß wir endlich von der Finanzierung auf die Inhalte der Dokumentations- und Gedenkstätte eingehen können“.

Berliner Zeitung, 17.2.93

Urbanisierung der Vergangenheit

Wo einst die Kasernen der SS standen, sollen Wohnungen entstehen

Von unserem Redaktionsmitglied
Susanne Lenz

Oranienburg. In Oranienburg wurde gestern ein Modell für die Gestaltung des Geländes vorgestellt, auf dem in den 30er Jahren die Häuser der SS-Wachmannschaften des KZ Sachsenhausen standen.

Die Arbeit des Architekten Hermann Czech bekam den 1. Rang in einem Gutachterverfahren zugesprochen, das die Stadt in Zusammenarbeit mit der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau durchgeführt hatte. Die Arbeit steile den Versuch dar, sensibel mit dem Gelände umzugehen.

400.000 Quadratmeter ist das Gelände groß. Ein Stück Land mitten in der Stadt, auf das Oranienburg angesichts des zunehmenden Bedarfs an Baugebiete nicht verzichten will. Andererseits wohnen hier einmal die SS-Bewacher des KZ Sachsenhausen, im T-Gebäude saß die Generalinspektion für alle europäischen Konzentrationslager. Später nutzte die NVA das Gelände. Es sollte also ein Kompromiß gefunden werden zwischen der historischen Belastung und den Bedürfnissen der Stadt, „ohne daß es einen Skandal wie in Ravensbrück gibt“, wie Rainer Graff von der Landesentwicklungsgesellschaft gestern sagte.

Das Gutachterverfahren stand

von Anfang an unter dem Stichwort „Urbanisierung“. So fand die davon radikal abweichende Idee des Berliner Architekten Daniel Libeskind zwar viel Beachtung und wurde von der Jury mit einem Sonderpreis ausgezeichnet, hat aber keine Chance, verwirklicht zu werden. Libeskind hatte jeden Versuch zurückgewiesen, auf dem Gebiet Wohnungen zu bauen und auf diese Weise zu trivialisieren. Er möchte einen Teil des Geländes ausheben und die Gebäude, die darauf stehen, abreißen, um ihn mit dem Wasser des angrenzenden Kanals zu überfluten. Besucher sollten auf Stegen auf dem so entstandenen See herumlaufen können. „Die Realisierung dieses Entwurfs würde eine erneute Traumatisierung der Stadt bedeuten“, urteilte die Jury.

Ein anderes Modell von ortsanhängigen Architekten hielt das Gremium für „zu lebenspraktisch“. Die Geschichte würde dadurch unkenntlich, sagte das Jury-Mitglied Benedikt Tönn. Der Entwurf des Wiener Hermann Czech schien für die Gratwanderung zwischen der Erinnerung an die Schrecken der Vergangenheit und den Bedürfnissen der Zukunft am besten geeignet. Keines der Gebäude aus der NS-Zeit würde abgerissen, sondern alle öffentlich genutzt. Das Finanzamt, das bereits im T-Gebäude sitzt, soll bleiben, ebenso die Polizei. In die Villa Eicke, den ehemaligen Sitz der

Kommandantur, wird die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten einziehen und auch das „Grüne Ungeheuer“, die ehemalige Küche und Kantine, wird von der Stadt genutzt werden.

Auf den brachliegenden Flächen dazwischen sollen Wohnhäuser entstehen. Der Bund, in dessen Händen sich das Gelände derzeit noch befindet, hat bereits vorgeschlagen, daß Bundesbedienstete hier einziehen könnten. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang die Verlegung des Haupteingangs zur Gedenkstätte, der dann am Rande des neuen Wohngebietes liegen würde. Ein Ziel sei es auch, die Gedenkstätte, die jetzt ein Schattendasein führe, sichtbarer zu machen, sie näher an die Stadt heranzurücken, sagte Graff. „Dies wäre ein Schritt im Kopf und in der Seele des Gemeinwesens.“

Oranienburgs stellvertretender Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke betonte, daß die Stadt sich ihrer Verantwortung bewußt sei. „Wir wollen deutlich Zeichen setzen im Umgang mit der Geschichte.“ Der Entwurf Hermann Czechs werde dafür als Grundlage dienen. Die Planungshoheit und damit das letzte Wort hat die Stadt.

Die Modelle der Architekten sind vom 25. 2. bis zum 7. 3. in den Ausstellungsräumen des Oranienburger Schlosses zu sehen.

Bremervörder Zeitung, 16.1.93